

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 10. März 2020 / Mardi matin, 10 mars 2020

Finanzdirektion / Direction des finances

55 2019.RRGR.177 Motion 141-2019 Imboden (Bern, Grüne)
Interkantonalen Steuerwettbewerb eindämmen – Allianz für eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern auf nationaler Ebene aufbauen

55 2019.RRGR.177 Motion 141-2019 Imboden (Bern, Les Verts)
Enrayer la concurrence fiscale intercantonale en mettant en place une alliance destinée à harmoniser la fiscalité des entreprises au niveau national

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 55, einer Motion von Grossrätin Imboden: «Interkantonalen Steuerwettbewerb eindämmen [...]». Das Wort hat die Motionärin.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Der vorliegende Vorstoss will etwas auf nationaler Ebene an den Rahmenbedingungen für unsere kantonale Steuerpolitik ändern. Der Anlass ist derjenige, den wir jetzt in den letzten Tagen, aber natürlich auch schon lange diskutiert haben: Der Steuerwettbewerb innerhalb der Kantone, der dazu führt, dass grosse Kantone wie der Kanton Bern, zunehmend unter Druck kommen, ihre Steuern zu senken, weil es andere machen. Es ist ja nicht so, dass es ein Naturgesetz gibt, dass man Steuern senken muss, denn die Aufgaben in dieser Welt sind ja nicht abnehmend, sondern vielleicht gleichbleibend, vielleicht aber auch zunehmend. Der Steuerwettbewerb wurde inzwischen zu einem Hamsterrad, und scheinbar müssen alle mitmachen, weil dies eben zu den Rahmenbedingungen gehört. Also macht es vielleicht Sinn, dass wir an diesen Rahmenbedingungen etwas zu ändern beginnen. Die Motion will, dass sich die Regierung in diesem Zusammenhang zum Beispiel mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), aber auch sonst auf nationaler Ebene mit anderen Kantonen zusammentut und schaut, ob es nicht sinnvoller wäre, statt des Steuerwettbewerbs ein Bandbreitenmodell einzuführen, das zwar einen gewissen Spielraum lässt, aber Bandbreiten auf nationaler Ebene einführt und damit den Steuerwettbewerb nicht abschafft, sondern einfach reduziert oder in ein gewisses Mass hineinbringt.

Die Regierung schreibt in der Antwort, dass sie dafür gar kein Gehör hat. Das bedaure ich doch sehr. Der Steuerwettbewerb führt im Moment dazu, dass es ein «race to the bottom» gibt – wir haben es schon mehrmals diskutiert. Für den Kanton Schwyz oder für den Kanton Zug – für kleine Kantone – ist dies natürlich eine Strategie, die sich vielleicht auch lohnt, hingegen für grosse Kantone wie den Kanton Bern ist es ... Wir sind ein grosser Flächenkanton. Wir haben Aufgaben in der Stadt und auf dem Land. Wir haben Universitäten, wir haben grosse Aufwendungen, die ganz kleine Kantone nicht haben. Im Kanton Schwyz müssen Sie keine Universität finanzieren, weil es keine hat. Auch die Fachhochschulen sind wahrscheinlich nicht gleich ausgebaut. Daher ist es eben nicht vergleichbar. Es gibt auch Ökonominen und Ökonomen, die der Meinung sind, dass dieser Steuerwettbewerb gerade für grosse Flächenkantone eben tatsächlich ruinös ist, weil am Schluss immer irgendjemand am Ende dieser Liste ist, und je grösser und je komplexer der Kanton ist, desto schwieriger ist es dann. Es gibt auch Stimmen ... Ich erinnere an die Finanzdirektorin der Stadt Biel, Frau Steidle, die sich im letzten Sommer in der Presse vernehmen liess und sagte, die Kantone müssten vielleicht schauen, ob man den Steuerwettbewerb nicht einschränkt, weil es gerade für die Gemeinden oder Städte zunehmend schwierig wird, sich in diesem Kontext zu bewegen. Sie ist ja neuerdings Präsidentin der städtischen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren – also sicher eine Stimme, auf die man hören muss.

Die Regierung sagt, dass wir diese Diskussion schon einmal anlässlich der Standesinitiative (M 066-2018) geführt hätten. Das stimmt. Daher ist der Vorstoss aber bewusst ein anderer, weil man damals sagte: Nein, eine Standesinitiative ist sicher nicht der richtige Weg. Aber vielleicht macht es ja Sinn, dass man sich mit anderen grossen Kantonen zusammensetzt – ich erinnere da zum Beispiel an den Kanton Zürich, der mit dieser Steuersenkungspolitik auch nicht an vorderster Front mitmachen kann, sondern sich auch in einem gewissen Rahmen bewegen muss.

Ich will Ihnen beliebt machen, diesen Vorstoss hier zu überweisen. Es würde der Regierung einen Auftrag geben, auf nationaler Ebene im Interesse des Kantons Bern zu schauen, ob ein solches Bandbreitenmodell erarbeitet werden kann. Es gibt ja bereits Vorschläge, wie man dies materiell machen könnte, wo es eine Allianz gibt. Ich bin fest der Überzeugung, dass der Steuerwettbewerb für den Kanton Bern eben nicht etwas Gutes ist, weil wir uns im Moment in diesem Rahmen anscheinend adaptieren müssen. Die einen wollen es mehr, die anderen wollen es weniger. Von daher muss ich zum Steuerwettbewerb, von dem die Regierung schreibt, dass es ein Element des Standortwettbewerbs sei, sagen: Nein, es ist eben nicht das einzige Element, sondern Standortwettbewerb heisst auch, dass wir konkurrenzfähig sein können, indem wir als Kanton eine Leistung erbringen, die wir uns aber auch irgendwie finanzieren können müssen. Daher kann es ja nicht sein, dass der Kanton Schwyz oder andere Dumping-Kantone einfach den Takt vorgeben und alle anderen hinterherlaufen müssen. Vielleicht macht es jetzt einmal Sinn, dass sich die anderen Kantone, die da gewisse andere Themen haben, in einer Allianz zusammenschliessen. Daher bitte ich Sie, die vorliegende Motion zu unterstützen, im Sinne davon, dass die Regierung eine Allianz auf nationaler Ebene sucht. Wie gesagt: Die Instrumente sind mit der FDK vorhanden; Kontakte sind also sicher genügend vorhanden.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, als Erster für die SP-JUSO-PSA: Ueli Egger.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Als Sprecher einer Partei, die Menschen ins Zentrum stellt und nicht unbedingt das Kapital und den Gewinn, ist es nicht immer sehr dankbar, hier im Grossen Rat zu reden. Manchmal – wie gestern am Schluss der Steuergesetz-Debatte – geht es nur darum, noch zu sagen, was gesagt sein muss. Heute bin ich aber überzeugt, dass ich mit meinem Votum hier im Grossen Rat etwas bewegen und vielleicht einige von Ihnen noch dazu bringen kann, zuzustimmen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmt der vorliegenden Motion in allen Punkten einstimmig zu, und ich hoffe, dass sogar eine Mehrheit von Ihnen ebenfalls zustimmt.

Die Sockelung der Unternehmenssteuern ist ein Kernanliegen der SP. Wir sind auf nationaler Ebene bereits daran, eine entsprechende Initiative auf die Beine zu stellen, damit dieser ruinöse Wettbewerb unter den Kantonen, den wir hier im Grossen Rat auch schon diskutiert haben, endlich vernünftig eingedämmt wird. Wir warten nur noch ab, welche Rahmenbedingungen dann von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) her noch kommen. Ein unregulierter Wettbewerb führt bekanntlich nie zu sozialem Ausgleich und ist in allen Bereichen ungesund. Man stelle sich nur die Schweiz vor, wenn wir die Löhne völlig freigeben oder die Landwirtschaft nicht mehr unterstützen würden. Der Wohlstand der Schweiz basiert auf einem gesunden Ausgleich von Wettbewerb und Regulierung. Ein gesunder Wettbewerb kennt Regeln, die für alle gelten, und das will diese Motion. Diese Motion will den Steuerwettbewerb unter den Kantonen bestehen lassen, aber mit einer Begrenzung nach unten. Adrian Haas, du hast es gestern schon richtig gesagt: Man müsste die Unternehmen dazu bringen, dass sie möglichst gute Löhne zahlen. Diese können wir ja dann besteuern. Ich bin der letzte, der hier im Grossen Rat die grossen Leistungen unserer Unternehmen, gerade der KMU, für den allgemeinen Wohlstand nicht würdigen würde. Aber sehr viele Unternehmen erwirtschaften heute schon sehr hohe Gewinne mit sehr wenigen Arbeitskräften, und in der jetzigen Zeit von zunehmender Digitalisierung und Roboterarbeit wird sich dieser Trend noch verstärken. Ein gesunder Staat wird gerade in Zukunft darauf angewiesen sein, dass die Unternehmen ihre Gewinne angemessen versteuern, weil die Lohnbesteuerung vielleicht sogar ein Auslaufmodell ist.

Ich persönlich habe noch nie begriffen, warum sich die Kantone in der Schweiz als eidgenössische Freunde bezeichnen und sich dann gegenseitig die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abjagen, indem sie ein Steuerdumping betreiben und sich gegenseitig unterbieten. Ein grosser Kanton wie der Kanton Bern mit seinen Bergen und ländlichen Gebieten wird steuerlich nie mit den kleinen Kantonen wie Zug oder Obwalden mithalten können. Wenn jeweils meine Zürcher Verwandten kommen, dann zeige ich noch Itramen und Mühlebach in Grindelwald; ich zeige ihnen, wo dort der Strom und die Schulen und alles sind. Bei ihnen würde ja das Zürcher Oberland etwa in Münsingen aufhören; vielleicht würde noch ein Stück von Schwarzenburg dazugehören.

Erstaunlicherweise wird dann gerade von diesen kleinen Kantonen das abgelehnt – oder immer mehr infrage gestellt und immer unverfrorener infrage gestellt –, was eigentlich dafür gedacht ist, diese Ungerechtigkeiten auszugleichen: nämlich der Finanz- und Lastenausgleich. Dort klagen sie immer mehr und stellen uns Berner als faul dar, weil wir Nettoempfänger seien. Für mich und für die

SP ist jeder Schritt zu einer Harmonisierung der Steuern in der Schweiz etwas Positives. Es würde uns wieder etwas eidgenössischer machen, die Rivalität zwischen den Kantonen etwas eindämmen. Und wenn wir da noch Verbündete in anderen Kantonen finden sollten, wäre dies nur umso besser. Daher danke ich jetzt dann allen, die hier im Grossen Rat dieser Vorlage zustimmen.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Die Motionärinnen verlangen eine Harmonisierung der Unternehmenssteuer. Ja: Im Ergebnis wird eigentlich eine Änderung der Bundesverfassung angestrebt, dieses Mal nicht mit der Standesinitiative, sondern über eine interkantonale Allianz. Eigentlich geht es bei dieser Motion nur darum, ob wir Steuerwettbewerb wollen oder nicht. Ich anerkenne das grosse Engagement der Sprecherin dieser Motion, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind. Hier grenzt es aber schon etwas an Zwängerei. Es werden immer wieder neue Wege gesucht, damit eine neue Motion eingegeben werden kann. Die BDP ist für Wettbewerb. Der Standortausgleich erfolgt dann über den Bundesfinanzausgleich. Dies ist ein bewährtes Mittel hier bei uns in der Schweiz, insbesondere auch für den Kanton. Die BDP lehnt diese Motion daher einstimmig ab.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Der Vorredner hat es bereits erwähnt: Es geht hier eigentlich darum, die Bundesverfassung – Artikel 129 – anzupassen, unter Einbezug von Experten und allenfalls mit Aufwand, den der Kanton selbst betreibt. Der Kanton soll hier Aufgaben übernehmen, die eigentlich Bundesangelegenheiten sind, also die Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier und auch die Bundesverwaltung beschäftigen sollte, wenn dies gewünscht ist. Wir befinden uns hier also auf Bundesparkett. Zugleich lehnten wir einen Vorstoss, den wir im Jahr 2018 hatten – eben als Standesinitiative, um dies eigentlich anzukurbeln –, mit dem gleichen Ziel aus gleicher Quelle hier im Grossen Rat deutlich ab. Ich kann es also kurz machen: Die SVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss klar ab.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Die EVP unterstützt hier im Grossen Rat das Bestreben für strategische Allianzen. Den interkantonalen Steuerwettbewerb einzudämmen ist das Anliegen. Die Stossrichtung können wir absolut unterstützen, wenn man beginnt, über den Kanton hinaus in diesem Anliegen zusammenzuarbeiten. Und das ist eigentlich das Anliegen, das hier aufgenommen wird. Also: Wir unterstützen dies so.

Adrian Haas, Bern (FDP). Immer wieder das Gleiche. Wir hatten es schon einmal hier im Grossen Rat, oder schon mehrmals, und jedes Mal lehnen wir es ab, auch dieses Mal, und zwar, weil dieser Steuerwettbewerb grundsätzlich wichtig ist. Es wird garantiert, dass man vom Staat her nicht überfordert, und als Korrelat hat man ja nachher den Finanzausgleich, mit dem für die Kantone, die etwas weniger lange Spiesse haben, dann das entsprechende Geld zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, dieses System ist gut. Es funktioniert. Und das Schweizer Volk hat dies ja auch schon gutgeheissen – ich glaube, im Jahr 2010 war die Initiative der SP. Daher will ich jetzt dieses Erfolgsmodell Schweiz eigentlich nicht gefährden. Im Übrigen ist es ja wieder ein Briefträgervorstoss, bei dem wir schon wissen, wie er landen könnte. Im Übrigen könnte man sich ja auch noch fragen, wenn dann zum Beispiel die Gewinnsteuer fixiert wird, wo diese fixiert wird: Man könnte sie ja auch bei 15 Prozent im schweizerischen Durchschnitt fixieren, und dann wäre der Kanton Bern quasi in die andere Richtung gezwungen, seine Steuern anzupassen. Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA ... Moment, stopp, da war ja schon Ueli Egger. Entschuldigung. Dann kommt zuerst Christoph Grupp für die Fraktion der Grünen an die Reihe.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Natürlich unterstützen wir diesen Vorstoss von Natalie Imboden und empfehlen ihn nicht – wie die Regierung – zur Ablehnung, sondern zur Annahme. Die Gründe wurden jetzt schon vielfältig ausgebreitet. Aber ich will einfach auch nochmals anführen: Dieser Steuerwettbewerb ist insbesondere für den Kanton Bern schädlich. Klar kann man, wenn man ein Gesamtsystem betrachtet, sagen, dass ein gewisser Wettbewerb gesund ist. Aber als Kanton Bern werden wir in diesem Bereich einfach nie punkten können. Man schlägt andere Leute nicht in ihrem Stärkebereich, und der Kanton Bern hat hier, bei diesem Steuerwettbewerb, einen ausgesprochenen Schwächebereich. Ich glaube, das muss man wissen – wir alle. Das kann man nicht schönreden. Wir sind ein grossflächiger Kanton. Wir haben vielfältigste Anforderungen und Aufgaben zu lösen. Wir sind ein Gebirgskanton. Wir sind zweisprachig, mindestens – was Amtssprachen angeht –, und noch viel mehrsprachiger und viel kultureller unterwegs. All dies kostet viel mehr, als

es eben zum Beispiel in einem kleinen Kanton der Fall wäre. Daher können wir in diesem Fall nie Boden gut machen, respektive nie gewinnen oder punkten. Aus diesem Grund will ich Ihnen wirklich beliebt machen: Überlegen Sie es sich nochmals. Wäre es nicht auch denkbar, dass eben der Kanton Bern hier im Grossen Rat einen Vorstoss im Sinne der Motion Imboden machen und unterstützen würde, sodass man diesen wirklich unheilvollen Steuerwettbewerb, der nicht nur zwischen Kantonen – innerschweizerisch – stattfindet, sondern auch international und auch dort grossen Schaden verursacht ... Für einzelne ist er natürlich immer auch Gewinn, das ist mir schon klar. Aber im Grossen und Ganzen ist es für die Gesellschaft sehr schädlich. Stimmen Sie dem doch bitte zu und folgen Sie nicht der Regierung.

Präsident. Urs Graf als Einzelsprecher.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die Motion von Natalie Imboden ist ja nicht schwarz-weiss. Sie sagt ja nicht, dass man den Wettbewerb abschaffen soll. Sie sagt nur, dass man den Wettbewerb beschränken soll. Ich will hier noch zwei bis drei Überlegungen einbringen, die in dieser ganzen Diskussion allgemein zu kurz kommen. Sie denken immer nur an den Wettbewerbsgewinn. Dies wird hier mantraartig heruntergebeten: Wettbewerb gibt Gewinn. Verantwortungsvolle Volkswirtschaftlerinnen und Volkswirtschaftler reden aber immer auch von Wettbewerbskosten. Wettbewerb hat auch Nachteile. Und das sind hier die Nachteile, oder? – Durch diesen Wettbewerb müssen wir die agilen Gutverdiener, die Wurzellosen, privilegieren, damit sie bei uns bleiben. Dafür lassen wir die Mittelschicht, denen wir zusätzliche Steuern aufbürden können, immer mehr zahlen. Diese pflegen wir nicht, weil diese ja nicht gehen. Also: Es ist eine einseitige Privilegierung derjenigen, die nachher an den Orten, wo sie hinziehen, keine Identität haben.

Zweitens: Dieser Steuerwettbewerb ergibt raumplanerische Sündenfälle, die kaum zu beschreiben sind. Wenn Sie am Zürichsee entlangfahren und Wollerau anschauen, ist es ja eine reine Katastrophe, wie sich dort diese Häuser aneinanderreihen, nur damit sich diejenigen, die sich steuerlich irgendwie in eine gute Situation versetzen wollen, dort aufhalten können. Aber diese haben keine Dorfidentität mehr. Die Leute, die das nicht zahlen können, sind dort fort.

Der Steuerwettbewerb erzeugt unnötige Pendlerströme. Denken Sie einmal an den Pendlerstrom Fribourg–Bern. Denken Sie an den Pendlerstrom Solothurn–Bern. Boltigen–Saanen. Das sind alles Auswüchse dieses Steuerwettbewerbs. Diese Kosten werden nie eingepreist. Dazu kommt, dass die gerechtesten Steuern, wie die Erbschaftssteuer, aus rein steuerwettbewerblichen Gründen nicht mehr zur Diskussion stehen. Also: Man sollte einmal auf der anderen Seite sauber wissenschaftlich aufarbeiten, was dieser Steuerwettbewerb kostet, und dies nachher dem Gewinn gegenüberstellen. Dann kommt man vielleicht zur Überzeugung, dass ein Steuerwettbewerb in einem gewissen Rahmen zwar sinnvoll ist, aber nicht unbegrenzt. Daher unterstütze ich diese Motion.

Präsident. Wir sind am Ende der Rednerliste angelangt. Da wir aber nur noch zwei Minuten haben ... Willst du, Natalie, nichts sagen? – Ach so: Wenn dies nicht der Fall ist, machen wir noch schnell fertig. Beatrice, du hast gesagt, du bräuchtest nicht viel Zeit. In diesem Fall gebe ich Beatrice Simon noch das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Es ist in der Tat so, dass ich nicht lange rede. Ich möchte einfach nochmals festhalten, dass wir jetzt wieder auf ein Thema zu sprechen kommen, das wir schon in der Septembersession 2018 behandelt hatten. Damals ging es um einen Fraktionsvorstoss der Grünen. Und es geht wieder um die gleiche Frage: dass sich nämlich der Kanton Bern auf nationaler Ebene für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in den Kantonen einsetzen soll. Bereits in der letzten Version der Antwort hatte der Regierungsrat auf die Vor- und Nachteile des interkantonalen Steuerwettbewerbs hingewiesen. Wir hielten dort vonseiten der Regierung auch fest, dass für uns die Vorteile überwiegen. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Ich möchte einfach nur nochmals daran erinnern, dass der Kanton Bern sehr wohl auch davon profitiert, dass es Kantone gibt, die tiefe Steuersätze haben. Denn wir nehmen verhältnismässig viel Geld aus dem Bundesfinanzausgleich, und das kommt dem Kanton Bern zugute. Dies muss man halt auch in diese Diskussion einfließen lassen. Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion abzulehnen, und ich danke Ihnen, wenn Sie dies auch tun.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung zum Traktandum 55, der Motion von Grossrätin Imboden. Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.177)

Vote (2019.RRGR.177)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 61

Nein / Non 86

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt, mit 86 Nein- gegen 61 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Ich wünsche allen einen guten Appetit. Bis um 13.30 Uhr.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 11.45 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 45.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Eleonora Windler (de)

Ursula Ruch (fr)